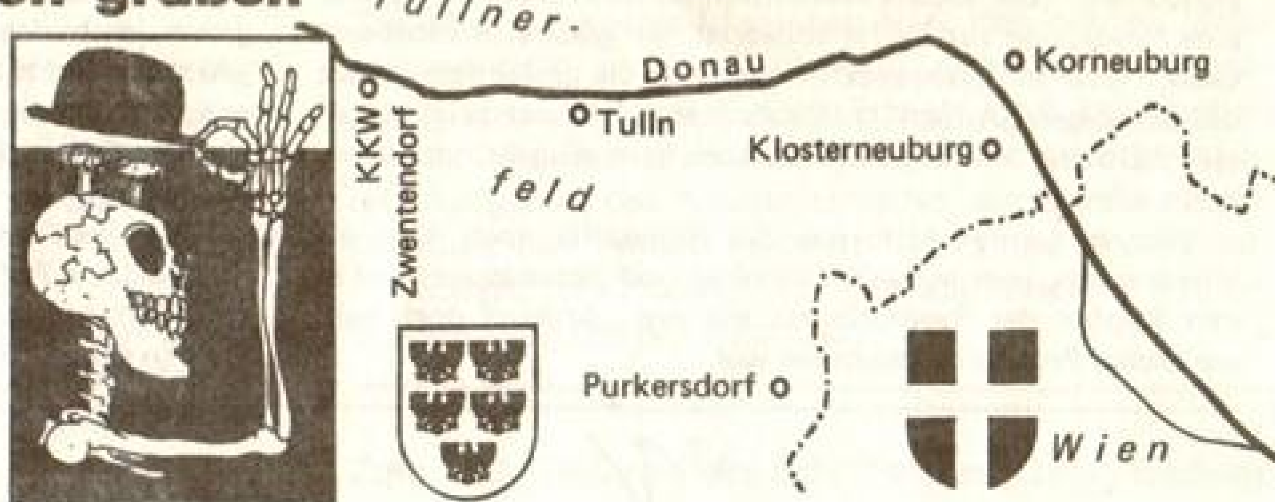
Der Atomtod läßt schön grüßen



Der Forschungsreaktor im Wiener Prater ist „absolut teppensicher". Sagen die Leute, die ihn bauen ließen. Nur wußte der Reaktor leider nichts davon; deshalb zeigten sich im Herbst 1976 Risse am Abschirmblock des Reaktorkerns. „Haarrisse", wie man anläßlich einer Hausbegehung zurückhaltend vermerkte. Wobei die Zurückhaltung der Begutachter so weit ging, daß die Schäden am Abschirmblock nicht nur vor der Öffentlichkeit, sondern sogar anderthalb Monate lang vor dem zuständigen Ministerium verheimlicht wurden. Erst als ein findiger Reporter fündig wurde, beeilte man sich zu versichern, „daß eine unmittelbare Gefahr ... noch nicht gegeben ist". Mit anderen Worten: Glückliche Wiener, noch seid ihr nicht verseucht. (Obwohl eure Behörden bis jetzt wesentlich mehr Energien dafür aufgewandt haben, die Schäden zu vertuschen als sie zu beheben.)

Als am 4. März 1977 in Osteuropa die Erde bebte, da bestand die Befürchtung, daß auch Kernkraftwerke beschädigt worden seien. Die Behörden Bulgariens dementierten selbstverständlich. Es war allerdings merkwürdig, daß unmittelbar nach dem Erdbeben das Kernkraftwerk Kozloduj vom bulgarischen Militär hermetisch abgeriegelt wurde. Soviel Aufwand ohne Grund? Nicht einmal „Haarrisse"?

Doch die Kraftwerks-Anrainer dürften Glück im Unglück gehabt haben, denn ein größerer Schaden an den Reaktoren hätte sich wohl kaum vertuschen und schon gar nicht militärisch abriegeln lassen. Gegen die Katastrophe, die etwa ein schmelzender Reaktorkern anrichten kann, wäre nämlich der Ausbruch des Vesuvs samt dem Untergang von Pompeji vergleichsweise als harmloser Zimmerbrand einzustufen. Doch darauf kommen wir noch zurück.

Befassen wir uns vorerst einmal mit dem Kraftwerk Zwentendorf, das uns von einer profitgierigen Atomlobby — natürlich ohne Befragung der Bevölkerung — ins Tullnerfeld geklotzt wurde und das demnächst in Betrieb gehen soll.

Erdbebengefahr? Völlig unwahrscheinlich, versichern uns die Meinungsmacher mit zuversichtlichem Blendax-Lächeln. Und im Lexikon finden wir die Bestätigung, daß das letzte große Beben in Wien und im Tullnerfeld tatsächlich schon 387 Jahre her ist. Womit allerdings nichts bewiesen ist. Denn — um bei unserm Vergleich zu bleiben — der letzte große Ausbruch des Vesuvs ist auch schon lange her, und trotzdem würden sicherlich nur ein paar Teppen den Bau eines Kernkraftwerkes in der Nähe des Vulkans als teppensicher bezeichnen. Außerdem gibt's in so einem Kraftwerk noch zahlreiche andere Möglichkeiten, die zu radioaktiver Verseuchung der Umwelt führen können: Knallgasexplosionen, Überschwemmungen, Flugzeugabsturz, Druckwellen chemischer Explosionen, Sabotage, Brand usw.

Es genügt zum Beispiel schon, daß die Kühlung nur eines einzigen Lagertanks einer Wiederaufbereitungsanlage ausfällt, um ein Gebiet von der Größe Mitteleuropas radioaktiv zu verseuchen. Das wären 1,140.000 Quadratkilometer. Oder 170 Millionen davon betroffene Menschen. (Aus einer geheimen Studie des westdeutschen „Institutes für Reaktorsicherheit der technischen Überwachungsvereine", welcher jedoch — so wie die kleine Panne im Wiener Prater — nicht geheim geblieben ist.) Das heißt nicht, daß diese Menschen alle sofort tot wären, aber ein großer Teil von ihnen könnte zumindest mit Spätfolgen, wie Leukämie oder Knochenkrebs, rechnen. Falls er nicht schon vorher in der Hungersnot draufgeht, die ausbräche, weil 30 bis 40 Millionen Bauern ihre verseuchten Äcker nicht mehr bestellen könnten.

Das KKW Zwentendorf liegt haargenau an einer Erdbebenlinie. Und es ist nur 25 km von Wien entfernt. Im Fall des Falles trägt der bei uns vorherrschende Westwind die Radioaktivität sofort in die Großstadt, außerdem wird auch das Grundwasser des Tullnerfelds verseucht. Falls die KKW-Planer also daran gedacht haben, die größte Stadt und eins der fruchtbarsten Gebiete Österreichs in einem Aufwaschen zu erledigen, dann haben sie wirklich an alles gedacht.

Womit sich die Frage erhebt, ob Spitzenpolitiker und Industrieadmiräle eigentlich die Studien lesen, die sie selber in Auftrag geben. Und wenn ja, warum sind sie dann wider alle Vernunft weiterhin für den Bau von Atomreaktoren? Geht's ihnen, wie sie so schön sagen, um den „Strom für uns alle"? Gewiß nicht, denn die paar Megawatt, die so eine zivile Atombombe erzeugt, die liefert ein herkömmliches, harmloses Kraftwerk auch. Die Wahrheit ist wie immer viel einfacher. In der Nuklearindustrie kann man heute den ganz, ganz großen Schnitt machen; anders gesagt: nicht nur die Gefahren, sondern auch die Profitmöglichkeiten sind in diesem Industriezweig geradezu unheimlich. Und wenn's ums Geld geht, dann nimmt ein Ehrenmann bekanntlich gern ein bißchen „Unternehmerrisiko" auf sich.

Sollte eines Tages wirklich in Österreich oder Umgebung ein Reaktor zum Teufel gehen, dann kann der, der es sich leisten kann, noch immer im Privatflugzeug zu den Bahamas jetten. Oder auf eine andere Insel, auf der sich's leben läßt. Österreich allerdings wird dann keine Insel der Seligen mehr sein. •

für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,— Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,—

Nummer 127, April 1977



Für den Profit ins Verderben?

Tagtäglich bekommen jetzt die Arbeiter Schlagworte zu hören: „Defizit", „gefährdete Arbeitsplätze", inflationäre Entwicklung", „Krise". Wenn die Machthaber darüber reden, wollen sie das alles als ein „unumgängliches Schicksal" darstellen, das die Werktätigen eben willen- und tatenlos zu ertragen hätten. Damit wird die Absicht verfolgt, die arbeitenden Menschen abzuhalten, über das Wesen der Dinge nachzudenken.

Diese Schlagworte widerspiegeln die Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems, Es ist ein System, in dem der Profit für eine kleine Minderheit alles gilt, die Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung aber nichts gelten.

Um des Profits willen gehen die kapitalistischen Machthaber über Leichen. Wir erleben immer drastischer, wie deswegen die Luft vergiftet, das Wasser verseucht wird; wie Antreiberei, Ausbeutung und Arbeitshetze so manchen unserer Kollegen frühzeitig sterben lassen. Um gigantischen Profits willen werden Atomkraftwerke in die Gegend gestellt, ohne Rücksicht darauf, was da für Gefahren herauskommen.

Um kapitalistischer Macht und des Profits willen steht heute vor der gesamten Menschheit die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die Supermächte Rußland und USA stehen im heftigsten Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft, der unweigerlich zum Krieg führt, wenn die Völker der Welt das zulassen.

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Demonstrieren wir an diesem 1. Mai, daß wir nicht gewillt sind, moderne Sklaven kapitalistischer Machthaber zu bleiben. Demonstrieren wir unseren Willen zum Kampf gegen die Übel dieses Systems, zum Sturz dieses Systems.

Wir rufen unsere Genossen und Freunde, alle arbeitenden Menschen auf, aktiv an den Vorbereitungen zum 1. Mai und an diesem Tag selbst für eine mächtige Demonstration unserer Kampfbereitschaft mitzuwirken!

Kundgebung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs am 1. Mai 1977. Treffpunkt am Burgring ab 12.15 Uhr (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor). •

Gibt es „Entspannung" und Abrüstung oder wächst die Gefahr eines neuen Weltkrieges?

„Was soll das kleine Österreich schon ausrichten, wenn die großen Hyänen USA und Rußland über uns herfallen?" Solche und ähnliche Reden bekommen wir oft zu hören, wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, die Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes vorzubereiten.

Daß wir jedoch mit unserer Auffassung keineswegs allein stehen, zeigte wieder einmal ein Gespräch mit einem älteren Arbeiter anläßlich unserer Aufklärungsaktionen über die sich verschärfende Kriegsgefahr. Er gab zu überlegen, daß bereits vorhandene zivile Einrichtungen wie z. B. die Feuerwehr im Falle einer Besetzung unseres Landes als Mittel auch eines bewaffneten Widerstandes benützt werden könnten. Zugleich hob er hervor, daß auch die Bauern als genaue Kenner des Landes von großer Bedeutung für so einen Kampf wären.

Am wichtigsten aber sei, so betonte er, daß das Volk zusammenhalte und sich nicht von einer Großmacht gegen die andere ausspielen lasse; nur dann hätten wir — zusammen mit den anderen europäischen Völkern — eine gute Chance.

Es ist wesentlich, daß zunehmend mehr Menschen erkennen, daß die Konkurrenz der beiden Supermächte USA und Rußland um die Weltherrschaft zum Krieg führt, und das „Entspannungsgerede" durchschauen. Und immer mehr Menschen machen sich ernsthafte Gedanken über die Möglichkeit der Verteidigung unseres Landes im Falle eines Krieges bzw. einer Besetzung. Gedanken, die in Richtung „Volkskrieg" gehen. Sie spüren deutlich, daß auf unser Bundesheer wenig Verlaß ist; genausowenig wie auf die Politiker der herrschenden Klasse, die mit ihrer korrupten Militärpolitik das Volk keineswegs auf den Ernstfall vorbereiten, sondern es eher in Desinteresse und Resignation treiben. Kein Wunder, sie fürchten ein bewaffnetes, bewußtes Volk ebenso wie imperialistische Besatzer, mit denen sie sich häufig lieber verbünden als mit dem Volk. •

„Berghof-Ersatz", unter diesem Titel brachte der „Kurier" vor einiger Zeit einen Artikel, in dem sich der Verfasser darüber lustig macht, daß die amerikanische Besatzungsmacht nun, nach über dreißig Jahren, die letzten Reste von Hitlers „Berghof" zu beseitigen beginnt.

Leider sind damit aber noch keineswegs alle „Reste" jener vergangenen Ära beseitigt. Weder in unserem Nachbarstaat, der BRD, noch bei uns hier in Österreich.

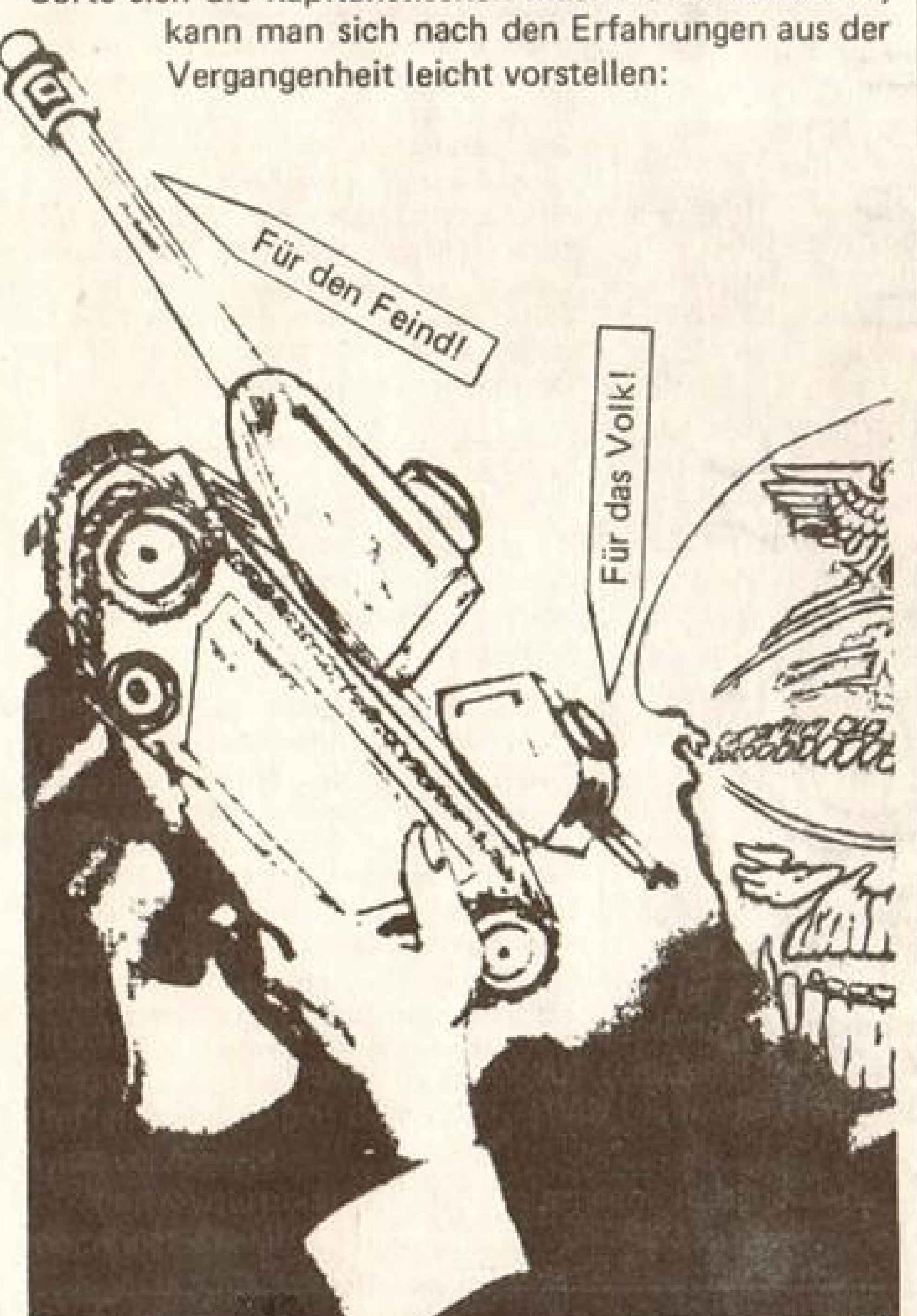
So gibt es in Österreich genügend „Berghof-Ersatzobjekte", die in an „braune Fossilien" anmutenden Formen selbst bis in das Lager der regierenden drei Parteien reichen.

Leider fehlen uns in Österreich die für diese Abbruch- und Räumungsarbeiten dringend notwendigen Kräfte, wodurch sich ihr „Abbau" seit den Tagen der Befreiung im April des Jahres 1945 bis in die Gegenwart verzögerte.

Wir revolutionären Kommunisten haben daher noch viel Arbeit vor uns. •

PANZEREINKAUF

Das österreichische Bundesheer „braucht" neue Panzer, wird gesagt. Um das Profitgeschäft gab es in der Öffentlichkeit eine gehörige Streiterei. Welche Sorte sich die kapitalistischen Machthaber wünschen, kann man sich nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit leicht vorstellen:





KREISKY ERKÄMPFT SICH EINHEIT

Die Freiheitliche Partei entschied sich nach langem „Ringen" für eine einheitliche Lösung im Sinne aller drei Parteien bei der Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln. In neun Gemeinden oder Orten in Kärnten läßt sie das „gelten", weiters „hat sie nichts" gegen die Zulassung von Slowenisch in 14 Gemeinden als Amtssprache.

Das heißt, die FPÖ „gab nach". Was wohl klarstellt, daß mit diesen „Zugeständnissen" an die slowenische Minderheit nichts von deren berechtigten Forderungen verwirklicht wird. J. W., Wien •

Verschwinden die Arbeiter?

Diese Frage scheint schon auf den ersten Blick irrsinnig. Denn wer würde arbeiten, wenn es keine Arbeiter mehr gäbe? Und wie soll man denn leben ohne Lebensmittel (im weitesten Sinn des Wortes, also: Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.)? Wie könnte man denn zu diesen Lebenmitteln gelangen ohne Arbeiter? Fürwahr ein Irrsinn!

Der Arbeiter als Untermensch ...

„Und ist es Wahnsinn, hat es doch Methode", heißt es in Shakespeares „Hamlet". Gerade weil der Mehrheitsanteil der besitzlosen Lohnarbeiter (dazu gehören die manuellen Arbeiter und der größte Teil der Angestellten und unteren Beamten) in der Gesellschaft immer größer wird, wächst das Bedürfnis der immer kleiner werdenden Schichte von kapitalistischen Schmarotzern, jene Mehrheit wegzuzaubern. Deshalb schreien ÖVP und FPÖ (also die erklärten Parteien der Bourgeoisie), daß die „Facharbeiter" zum sogenannten „neuen Mittelstand" gerechnet werden müßten (zusammen mit den unteren Angestellten, wie nieder deren soziale und ökonomische Lage auch sei), wogegen Proletarier nur Hilfsarbeiter, Handlanger und andere „Heloten" (so nannte man im antiken Sparta eine bestimmte Kategorie von Sklaven) wären, deren Rolle heutzutage doch meistens die „Tschuschen" spielen würden. Zum Zwecke eben dieser Begriffsverwirrung wird die „Mundl"-Serie im Fernsehen kreiert, wo Prater-Strizzi-Rülpser als „Wiener Volksmund" ausgegeben werden, damit die manuellen Arbeiter „Prolet" mit „Pülcher" verwechseln und so leicht in die Rolle einer „breiten Basis" des Besitzbürgertums finden.

Wenn der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Sekanina am 5. März verlangt hat, man müsse die Unterschiede zwischen Angestellten und Beamten einerseits sowie Arbeitern andererseits beseitigen, so bewies er damit nur, daß die SPÖ im wesentlichen in die gleiche Kerbe haut wie ÖVP und FPÖ. Denn es geht all den Herrschaften nur darum, die Arbeiterklasse, von deren Mühe und Schweiß sie leben, statistisch und gesellschaftlich zum „Verschwinden" zu bringen. Sogar der „Linksaußen" der SPÖ-Führung, DDr. Nenning, fühlt sich seit geraumer Zeit gedrängt, einen angeblich „marxistischen" Nachweis zu erbringen, daß die Arbeiterklasse unterginge und die Produzenten der Zukunft computerbewehrte Technokraten wären.

Ohne es vielleicht zu wissen, wiederholt er damit nur seit langem geäußerte Spekulationen von Pseudowissenschaftlern der russischen Sozialimperialisten!

Die Arbeiterklasse – die große Mehrheit der modernen Industriegesellschaft – soll also ihre Identität und ihren Kampf aufgeben und sich ruhig ausbeuten, unterdrücken und in imperialistischen Kriegen verheizen lassen, weil angeblich eh einmal computergesteuerte Roboter ihr Werk verrichten würden ...

... und als willfähriges Opfer

Was ist der Hintergrund dieser absurden Sozio-Story? Einerseits die tiefe Systemkrise des Kapitalismus (Krisen und Kriege, Wettrüsten und Inflation, Vergeudungswirtschaft und Kulturversumpfung usw. usf.), andererseits die zunehmende Entartung der „Arbeiteraristokratie" (ein von K. Marx und F. Engels geprägter Ausdruck). Die zahlenmäßig schwindende Kapitalistenklasse sieht sich durch die wachsende Mehrheit der Proletarier immer mehr an die Wand gedrückt, durch die – objektiv unvermeidliche – Vergesellschaftung der Produktion und Vereinfachung der Verwaltungsschemen immer offensichtlicher überflüssig gemacht. Eben deshalb wollen sie die Proletarier (= Lohnarbeiter) zum „Verschwinden"



Der ORF zeigt „Arbeiter"

bringen. Nur statistisch, versteht sich; denn praktisch leben ja die Herren weiter von der Mehrarbeit der Proletarier!

Andererseits haben sich mittlerweile die Arbeiteraristokraten zu Arbeiterbürokraten (d. h. zu Funktionären, die, losgelöst von der materiellen Produktion, nur mehr Verwaltungsdienst – in Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft usw. – verrichten) gewandelt und wurden in der Folge bürokratische Kapitalisten, d. h. zu Beamten, die ihrem Einkommen und ihrer gesellschaftlichen Stellung nach den Kapitalisten angeglichen sind und dafür die Gesamtinteressen der ganzen Kapitalistenklasse verfechten. Eben infolge dieser gesellschaftlichen Wandlung erblicken diese ehemaligen Führer der Arbeiterschaft (die indessen längst zu Arbeiterverrätern geworden sind) ihre Aufgabe darin, den Arbeitern einzureden, daß diese angeblich doch den Angestellten, auch den höheren, welche unmittelbar mit Vertretung von Unternehmerinteressen betraut sind, gleichgestellt würden und sich nur im Gegensatz zu „Tschuschen", „Negern", „Kameltreibern", „Juden" und dergleichen „Untermenschen" befänden. Ebenso wie Hitler es machte, als er die Arbeiter durch „arischen Ahnenpaß" adelte und so mehr oder weniger williges Kanonenfutter für seine abenteuerliche Kriegspolitik einfing.

Die Folge jener „nationalsozialistischen" Täuschung war, daß Millionen deutsche, österreichische und andere an den Hitlerschen Kriegswagen geschmiedete Arbeiter auf dem „Feld der Ehre" fielen und Hunderttausende ihrer Angehörigen im Bombenhagel umkamen. Nichts Besseres blüht uns heute, wenn wir es den Kapitalisten und ihren Handlangern in den Reihen der Arbeiterschaft gestatten, den Arbeitern das Klassenbewußtsein, d. h. das Bewußtsein von ihrer gesellschaftlichen Lage und ihrer geschichtlichen Aufgabe (eine klassenlose, ausbeutungsfreie Gesellschaft auf der ganzen Erde zu errichten), zu rauben. •

Das Doppelleben des Herrn Berger



„Es müßte mehr Bergers geben", lallte ein wodkatrunkenes Strichmädchen anläßlich einer munteren Berger-Party. Aber es gibt nur einen Kommerzialrat Gerhard Berger, und seitdem dieser gesiebte Luft atmet, sind auch die ausgerechnet im heiligen Land Tirol abgehaltenen feuchtfröhlichen Parties nur noch Legende. Jene Parties, zu denen Berger Geschäfts- und Parteifreunde aus der ÖVP eingeladen haben soll. Womit aber nichts einseitig gegen die ohnedies am Boden zerstörte ÖVP gesagt sein soll, denn trotz Volksparteibuch stand Berger ja gewissermaßen über den Dingen. Als neureicher, vielfacher Firmenchef und Luxusautofahrer hätte er genauso gut in die Regierungspartei gepaßt: ein fleischgewordenes Symbol des Wohlfahrtsstaates. Und er müßte nicht sitzen, sondern stünde heute noch als großer Mann da, hätte er sich lediglich legal bereichert.

Sein Fehler war, daß er sich außer mit den Profis aus der Oberwelt auch mit ein paar Amateuren aus der Unterwelt einließ. Zum Beispiel mit dem Waffennarren und Nachtlokalbesitzer Gottfried Schlegel. Wobei es der Polizei allerdings nichts ausmachte, daß Schlegel als rechtsradikaler „Ranger" den Wienerwald unsicher machte, daß er — nicht nur im Wald — in einem Schulterhalfter einen großkalibrigen Trommelrevolver der Marke Smith & Wesson trug, daß im Schaft seines Stiefels ein Dolch steckte und daß, sicher ist sicher, im Socken auch noch ein Schlagring greifbar war. Das Auge des Gesetzes wurde vielmehr erst wach, als Schlegel im Nachtlokal Käufer für gestohlene Kunstgegenstände aufzutreiben suchte. Preis für einen Tintoretto: 50 Millionen Schilling.

Schlegel und zwei andere, genauso patscherte Ganoven gingen einem als reichen, kauffreudigen Amerikaner auftretenden Kriminalbeamten auf den Leim und landeten prompt in Untersuchungshaft. Einer von ihnen begann sofort zu „singen", wodurch der Polizei in Bergers Villa eine Menge Diebsgut in die Hände fiel. So entpuppte sich der tüchtige Geschäftsmann Berger zur allgemeinen Überraschung als weit weniger tüchtiger Boß einer Einbrecherbande, welcher nicht einmal davor zurückschreckte, Kirchen ausrauben zu lassen.

Das war für die Regierungspartei wahrlich ein Geschenk des Himmels. Nun konnte sie aus voller Kraft rufen: „Haltet den Dieb!", und kein Mensch redete mehr davon, daß ja auch der Minister Lütgendorf mit seinem Jagdfreund, dem Waffenhändler und Ex-Bordellbesitzer Alois Weichselbaumer, zumindest einige kapitale Böcke geschossen hatte. Der Berger-Skandal verdrängte den Lütgendorf-Skandal wochenlang aus den Zeitungen.



Genauso schnell, wie der Freiherr Lütgendorf vordem seinen Jagdkumpan verleugnet hatte, distanzierte sich nun die ÖVP von ihrem Berger. Sogar den Titel Kommerzialrat nahm sie ihm weg; eine harte Strafe im Land der Titelsüchtigen. Und überhaupt sei der Herr Berger ja nur ein kleines Parteimitglied gewesen und man habe nie Geld von ihm genommen und seine Gäste hätten sich immer alles selbst bezahlt. Überdies sei der Berger das einzige schwarze Schaf unter den großen Unternehmern, denn alle andern hielten sich streng an die Gesetze.

Wir müssen zugeben, daß zumindest in letzterer Behauptung ein Körnchen Weisheit steckt. Bei den großzügigen Steuerabschreibmöglichkeiten, die der Finanzminister österreichischen Millionären bietet, hat's wirklich keiner nötig, sich ungesetzlich gesundzustoßen.

Jedoch zurück zum Herrn Ex-Kommerzialrat. Berger ist nämlich auch in Spionageverdacht geraten, und zwar aus verschiedenen Gründen:

- Er besaß in seiner Villa nahezu in allen Räumen Mikrofone und Fernsehkameras und unterhielt Kontakte zu Spitzenpolitikern (Erpressungsmöglichkeit).
- Seine Firma Beko habe geradezu ideale Voraussetzungen für einen Mißbrauch zu Spionagezwecken geboten: In der Computerabteilung seien wichtige Daten von Wirtschaftsbetrieben gespeichert — und durch Techniker, die sie an Großfirmen im In- und Ausland vermietete, hätte sie Zugang zu Konstruktionsplänen gehabt.
- Außerdem habe Berger mit dem eigenen Jet unkontrollierbare Auslandskontakte herstellen können. Einmal sei der Verdacht aufgetaucht, daß Bergers Firma CSSR-Bürger in österreichische Firmen eingeschleust habe.

Aber — pst, lieber Leser! — über solch delikate Dinge darf die Öffentlichkeit natürlich nichts erfahren, das wäre sonst ein „Eingriff in ein laufendes Verfahren". Und wie wir die Justiz kennen, wird das Spionageverfahren schon im Hinblick auf die betroffenen Spitzenpolitiker so lange laufen, bis es eines Tages dann erschöpft zwischen allen andern ungeklärten Fällen liegenbleibt.

*

Apropos Justiz. Bergers Helfer, der bereits genannte Gottfried Schlegel, war den Behörden wegen Mordversuchs an einem Polizisten bereits seit Februar 1973 bestens bekannt. In der Zeitung kann man's nachlesen: „Schlegel wurde als betrunkener Autofahrer von einem Funkwagen gestoppt. Als ein Beamter den Alkotest verlangte, zog Schlegel einen Trommelrevolver aus dem Schulterhalfter und wollte auf den Beamten schießen. Durch die Geistesgegenwart des zweiten Polizisten wurde das Schlimmste verhindert. Dem Waffennarren Schlegel wurde die Waffe aus der Hand geschlagen. Gemeinsam gelang es den Polizisten, den Alkoholisierten zu überwältigen."

Ein gewöhnlicher Staatsbürger oder gar ein „Linksextremist" wäre wohl gnadenlos eingelocht worden, der rechtsradikale Sohn eines Hitler-Offiziers jedoch erhielt nur eine symbolische, bedingte Strafe. Er verließ damals als freier Mann den Gerichtssaal. ●

Nicht nur der Prolet Mundl liebt klassische Worte. Hier ein „humorvolles" Beispiel aus besseren Kreisen: Bergers Visitenkarte.

ING. G. BERGER
FIRMA BEKO GES. M. B. H.
1030 WIEN
WEISSGERBERLÄNDE 38
TEL. 734705
7329514

Mit jedem Tag
meines Lebens
erhöht sich
zwangsläufig die
Zahl derer,

die mich am Arsch lecken können!

Zwei Linien in der Frage der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs

Volksheer oder klassische Armee

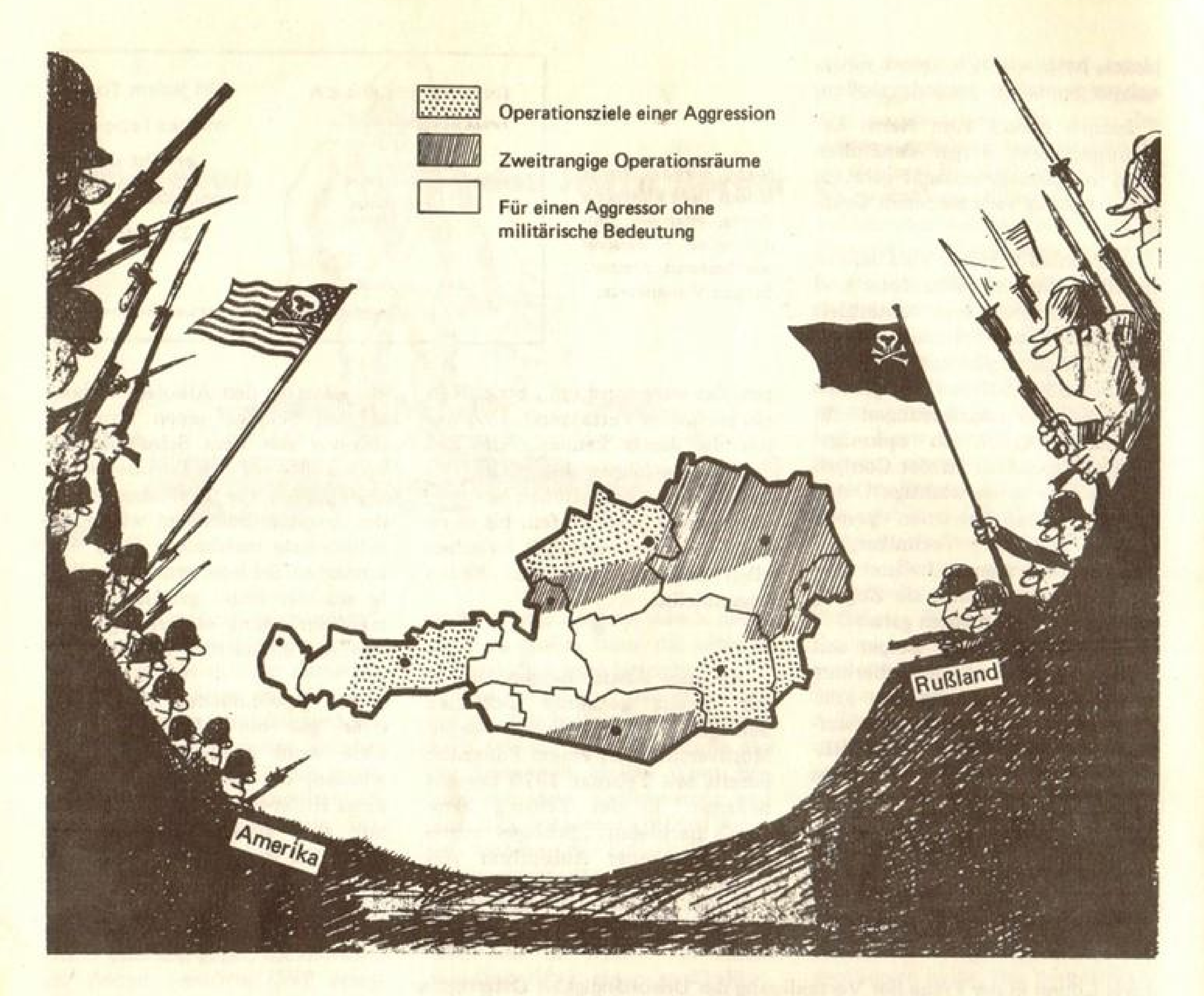
Österreich ist in Gefahr, in einen Krieg hineingezogen zu werden, der seinem Wesen nach ein Krieg der beiden Supermächte Rußland und Amerika um die Herrschaft in Europa und in der Welt sein wird. Unsere Leser wissen, daß wir in der „Volksmacht" immer wieder auf diese bittere Tatsache hinweisen, die von der Bourgeoisie und ihren Politikern und Parteien mit allen Mitteln vertuscht wird. Um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern, breiten die beiden Supermächte über ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen einen Rauchvorhang von „Entspannung". Und die österreichische Bourgeoisie hilft ihnen dabei, weil sie feige ist, sich nur von ihrer Profitgier leiten läßt und bereit ist, im Interesse einiger gewinnbringender Geschäftchen die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes preiszugeben.

Der gegenwärtige Armeekommandant General Emil Spannocchi beteiligt sich nicht an diesem Geschwätz von „Entspannung". Es ist ihm zugute zu halten, daß er in dem jüngst erschienenen Buch „Verteidigung ohne Schlacht" versucht hat, auf die lebenswichtige Frage nach der Verteidigung der österreichischen Nation eine ernsthafte Antwort zu geben.

Spannocchi stellt in diesem Buch erstens fest, daß Österreich in dem drohenden Krieg aufgrund seiner geographischen Lage für beide Supermächte, insbesondere aber für Rußland, als Durchmarschgebiet von großer Bedeutung und daher in seiner Souveränität und Unabhängigkeit direkt gefährdet ist. Wir Marxisten-Leninisten sind schon lange dieser Ansicht und nehmen zur Kenntnis, daß uns Spannocchi hier faktisch recht gibt.

Spannocchi stellt zweitens fest, daß Österreich durchaus verteidigt werden kann, auch wenn es nur ein kleines Land ist. Auch hier gibt er uns — ob er will oder nicht — recht und widerlegt die defaitistische und landesverräterische Ansicht, daß „eh nichts nützt".

Spannocchi ist drittens gezwungen zuzugeben, daß diese Verteidigung mit den Mitteln des von den Supermächten vorbereiteten Krieges nicht zu leisten ist, weil der gegebene Feind uns kriegstechnisch jedenfalls weit überlegen wäre. Die einzig mögliche Verteidigung — und hier bezieht sich der General sogar ausdrücklich auf Mao Tsetung — ist, wie wir schon immer gesagt haben, der Partisanen- und Guerillakrieg gegen die Aggressoren. ➡



Spannocchis Konzept der Landesverteidigung

Nach Mao Tsetung durchläuft der nationale Befreiungskrieg im wesentlichen drei Etappen: *„Die erste Etappe wird die Etappe des strategischen Angriffs des Gegners und unsere strategische Verteidigung sein, die zweite die Etappe der strategischen Konsolidierung des Gegners und unsere Vorbereitung zur Gegenoffensive, die dritte die Etappe unserer strategischen Gegenoffensive und des strategischen Rückzugs des Gegners."* (Mao Tsetung, „Über den langwierigen Krieg")

Spannocchi übernimmt diese Einteilung von Mao, bestimmt die drei Etappen aber folgendermaßen:

„In der ersten Phase der erlittenen Aggression wird jede auch nur einigermaßen entscheidende Schlacht vermieden. Die Verbände und Einheiten kämpfen nach der Maxime der Abnützung des Angreifers, durch eine nicht endenwollende Kette kleinerer Gefechte, aber auch nach der des eigenen Überlebens. Dabei kommt es darauf an, daß man es akzeptiert, dem Feind klassische Punkte des eigenen Landes nicht verwehren zu können, aber ebenso wesentliche Räume in diesem angegriffenen Staat unter eigener Kontrolle zu halten, so daß der Feind seines Besitzes im operativen Sinn nicht froh wird." (S. 59 ff.)

Dem Angreifer werden also die (dichtbesiedelten) Gebiete, die er für seinen Durchmarsch braucht, überlassen. Es handelt sich dabei um das Inntal, das Donautal (einschließlich des Wiener Beckens), das oberösterreichische und das salzburgische Alpenvorland, die Südsteiermark und das südliche Unterkärnten (s. Karte). Das Volk bleibt in diesen Gebieten unbewaffnet zurück. Das restliche Österreich wird im Sinne der „territorialen Flächenverteidigung" mit der Landwehr verteidigt, die konventionellen Truppen werden ebenfalls hier zusammengezogen, um dort „harte Kerne" für örtliche Gegenschläge bilden zu können.

Die zweite Phase ist nach Spannocchi dadurch bestimmt, daß, während der Feind versucht, seine Positionen in den von ihm besetzten Gebieten zu konsolidieren, bewegliche Einheiten unserer Seite Stör- und Sabotagemanöver gegen ihn unternehmen („Nadelstichtaktik"):

„Diese Einheiten verstehen sich aber insgesamt als Armee. Sie klassifizieren sich getrennt von der Bevölkerung, um diese nicht psychisch zu überfordern, brauchen aber natürlich deren Hilfe. Sie werden in unbesetzten Gebieten selbstverständlich in Städten und Dörfern untergebracht sein, sind aber keineswegs Freischärler, die bei Tag an der Werkbank stehen und nachts kämpfen. (Wir glauben nämlich kaum, daß eine derartige Ausrichtung in der Mentalität unseres Volkes läge.)" (S. 70)

Das Volk selbst soll also auch in dieser Phase nicht bewaffnet werden und kämpfen, sondern lediglich eine passive Rolle spielen:

„Es sieht, es hört, es meldet; es stellt den Personalersatz und die Versorgung. Darüber hinaus nichts, da es sonst überfordert und – zumindest örtlich – in seiner Existenz gefährdet würde." (S. 57)

„Die dritte Phase, nämlich die der Wiederherstellung des Besitzstandes vor der Aggression, ist wohl dem Kleinstaat allein selten möglich. Da aber der militärische Angriff seine Neutralität oder Bündnisfreiheit oder wie immer sich seine Souveränität definiert, beendet, bleibt ihm stets die Chance der Hilfe von außen. Deren wird er natürlich bedürfen, um von seinem Restterritorium aus, als Basisraum seines Handelns, das ganze Staatsgebiet wieder kämpfend zu beanspruchen. Diese Entwicklung aber kann nur sehr zum Teil von ihm selbst erreicht werden." (S. 61)

Diese „Hilfe von außen" ist natürlich die andere Supermacht:

„Der ‚große Bruder' ist bei der Bipolarität der europäischen politischen Welt eine Selbstverständlichkeit" (S. 70).

Und wenn dieser „große Bruder" Spannocchis in Europa insgesamt in der Gegenoffensive ist, sieht er die Dinge so:

. . . , dann wird aus der dritten Phase ein Zurück zur klassischen Armee, die . . . als Preis dieser ganzen ungeheuren Anstrengung als souveräner Partner behandelt wird." (S. 73)

Soll das Volk passiv und daher wehrlos sein?

Wir sind der Ansicht, daß dieses Konzept durchaus nicht geeignet ist, unser Land wirksam zu verteidigen.

Der grundlegende Fehler Spannocchis liegt darin, daß er annimmt, die von Mao Tsetung entwickelte Strategie und Taktik ließe sich auch dann anwenden, wenn es sich nicht um einen wirklichen Volkskrieg handelte. Aber überall dort, wo diese Strategie und Taktik angewendet wurde (China, Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Mozambique usw.) haben die Volksmassen selbst aktiv für ihre Befreiung gekämpft. Wer einen nationalen Befreiungskampf führen will (und um einen solchen wird es sich im Falle einer Aggression einer oder beider Supermächte handeln), muß den Mut haben, sich auf die Volksmassen zu stützen und die Volksmassen zu mobilisieren; denn sie sind die stärkste Kraftquelle für die Kriegsführung.

Spannocchi sieht das anders. Für ihn entspricht der Volkskrieg „nicht der Mentalität des Österreichers". Er meint, die aktive Teilnahme am Befreiungskrieg würde die Massen „überfordern". Das Volk ist für ihn nicht das Subjekt des Krieges, sondern soll nur „sehen, hören, melden", während eine vom Volk getrennte Armee den Krieg führen soll.

Stellen wir uns Spannocchis Konzept einmal praktisch vor.

Die Russen etwa marschieren in Österreich ein und besetzen die am dichtesten bevölkerten Gebiete. Die Bereitschaftstruppe zieht sich zurück, die Bevölkerung bleibt schutzlos der Willkür der sozialimperialistischen Besatzungsmacht ausgeliefert. Die Werktätigen werden von den Aggressoren zur Arbeit für die Nachschub-, Versorgungs- und Rüstungsproduktion gezwungen. Laut Spannocchi soll die Bevölkerung in den besetzten Gebieten nur mehr „sehen, hören, melden" und im übrigen darauf warten, daß sie vom „großen Bruder" befreit wird. Bis dahin unternehmen die Spannocchi-Partisanen Störaktionen gegen die Besatzungstruppen. Sie greifen bei Nacht und Nebel an und ziehen sich sofort wieder zurück.

Die Russen würden sich in einer solchen Situation ganz genauso verhalten, wie es ihre Vorgänger, die Nazi, auch getan haben: Sie würden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung setzen, die unvorbereitet, ungeschult und unorganisiert wäre und über keine Waffen verfügen würde. Ob eine solcherart „vorbereitete" Bevölkerung „sehen, hören und melden" würde, kann bezweifelt werden. Vielmehr ist Spannocchis „mentalitätsbezogene Strategie" geeignet, zur Kollaboration zu verleiten.

Zum Volkskrieg gehört das Volk!

Was ist die Alternative? Natürlich ist es richtig, daß sich die regulären Truppen im Falle eines Angriffs eines weit überlegenen Gegners zurückziehen müssen. Aber doch nur in dem Maße, wie die Volksmassen in den vorübergehend preisgegebenen Gebieten darauf umfassend vorbereitet worden sind. Vom ersten Tag an muß sich der Aggressor einer Bevölkerung gegenübersehen, die von der Notwendigkeit des Kampfes um die Befreiung überzeugt und dafür militärisch ausgebildet ist.

Alle Österreicher, Männer und Frauen, müssen mit den Methoden das aktiven und passiven Volkswiderstands vertraut sein. Sie müssen über Waffen verfügen und mit ihnen umgehen können, um selbständige Partisanenaktionen gegen die Besatzungstruppen und deren eventuelle heimische Kollaborateure ausführen zu können. Die österreichischen Werktätigen müssen genau das tun, wovon ihnen Spannocchi abrät, nämlich: „bei Tag an der Werkbank stehen und des Nachts kämpfen". Die Okkupation unseres Landes muß für den Aggressor bedeuten, daß er überall, zu jeder Zeit und von jedem Österreicher angegriffen



Bürgerliche Mentalität von oben

werden kann, sobald er sich nur die kleinste Blöße gibt.

Der Aggressor wird in einem solchen Fall dazu übergehen müssen, an immer mehr Orten immer mehr Infanterie zu stationieren, weil er anders der um sich greifenden Partisanenbewegung des Volkes nicht mehr beikommen wird können. Die Besetzung unseres Landes wird für ihn dann immer kostspieliger und verlustreicher werden. Die Demoralisierung seiner Truppen wird ständig zunehmen, und er wird dann nicht nur den Widerstand der Österreicher, sondern immer mehr auch den der eigenen Soldaten zu spüren haben.

Erst wenn das ganze Volk mobilisiert ist und seine Kraft im Kampf gegen den Aggressor entfaltet, gewinnen die Operationen der regulären Armee gegen den Feind ihre volle Wirksamkeit. Denn dann ist die Armee nicht mehr vom Volk getrennt, sondern mit ihm vereint, und ihre Kämpfer werden sich im Volk „wie die Fische im Wasser" bewegen. Volk und Volksarmee werden sich dann gemeinsam zu einer Kraft entwickeln, der kein Aggressor widerstehen kann.

Widerspricht das alles der „Mentalität unseres Volkes"? Es ist schon immer ein alter Trick der Bourgeoisie gewesen, die Mentalität des feigen Bürgers dem Volk als dessen eigene zu unterschieben, um damit „beweisen" zu können, daß es eh zu bequem zum Kämpfen wäre.

Haben denn nicht die österreichischen Arbeiter ihre kämpferische Gesinnung mehr als einmal unter Beweis gestellt? Denken wir nur an die Abwehr der faschistischen Invasion aus Horthy-Ungarn 1919 oder an die Partisanenkämpfe und sonstigen Widerstandsaktionen gegen Hitler-Deutschland während des zweiten Weltkrieges. Warum soll nicht auch bei uns wie in unserem Nachbarland Jugoslawien die gesamte Bevölkerung aktiv in die Landesverteidigung einbezogen werden? An den Manövern beteiligen sich dort alle — Schulkinder und Rentner eingeschlossen. Ist die Mentalität der Jugoslawen so verschieden von der Österreicher? Das liegt doch daran, daß die jugoslawische Regierung — im Gegensatz zur österreichischen — tatsächlich eine Politik der Neutralität (Blockfreiheit) und der nationalen Unabhängigkeit gegenüber beiden Supermächten verfolgt. Das Gerede Spannocchis von der „Volksmentalität" zeigt nur die Angst der herrschenden Klasse Österreichs vor dem eigenen bewaffneten Volk.

Wir brauchen keinen „großen Bruder"

Nach Mao Tsetung ist die dritte Etappe des nationalen Befreiungskrieges die „Etappe unserer strategischen Gegenoffensive und des strategischen Rückzugs des Gegners". Nach Spannocchi ist die dritte Etappe die der „Hilfe von außen", die man seiner Meinung nach braucht, um das ganze Land zu befreien, wobei militärisch ein „Zurück zur klassischen Armee" erfolgen soll. Hier wird besonders deutlich, wie die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik des Befreiungskrieges in ihr direktes Gegenteil verwandelt wird, wenn sie General Spannocchi anwenden will.

Wer soll uns denn „befreien"? Niemand anderer als die amerikanische Supermacht, die zwar gegenwärtig gegenüber der sozialimperialistischen Sowjetunion in der Defensive ist, deswegen aber noch lange nicht ihr imperialistisches Weltherrschaftstreben aufgegeben hat.

Die amerikanische Supermacht würde sich jedoch erstens nicht darauf beschränken, Österreich zu „befreien". Sie würde ihren Krieg gegen den russischen Rivalen zu Ende führen, um ihn völlig niederzuwerfen. Dazu würde sie noch und noch Soldaten brauchen. Solche will ihr Spannocchi mit seiner rückverwandelten „klassischen Armee" bereitwillig anbieten! Wenn Spannocchi sagt, daß diese Armee „als Preis dieser ganzen ungeheuren Anstrengung als souveräner Partner behandelt wird", dann ist das — gelinde ausgedrückt — eine unglaubliche Naivität.

Zweitens wurden viele europäische Länder nach dem zweiten Weltkrieg schon einmal vom „großen Bruder" USA „befreit". Mit dem Ergebnis, daß die USA-Imperialisten diese Länder unterworfen und ausgebeutet haben und das noch immer tun oder zu tun bestrebt sind.

*

Im Interesse der Werktätigen unseres Landes liegt jedoch nicht eine neuerliche Versklavung unseres Landes, sondern die Errichtung der Volksmacht, die Frieden, Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus bringt. Deswegen können wir uns im Kampf um die nationale Unabhängigkeit unseres Landes gegen eine Supermacht nicht auf eine andere Supermacht stützen.

Diesen Weg der selbständigen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit kann man nur einschlagen, wenn man auf die Kraft der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen vertraut. Wir müssen uns darüber klar sein, daß man sich dabei nicht auf die herrschende Klasse und nicht auf das Bundesheer verlassen kann. Das Bundesheer ist seinem Wesen nach nichts anderes als eine Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie und es wird gegebenenfalls genauso eingesetzt werden wie sein Vorgänger in der 1. Republik im Jahre 1934: gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter.

Die Frage, ob das Land wirksam verteidigt werden wird, ist letztlich die Frage, wer über die Waffen verfügt: die profitgierige landesverräterische Bourgeoisie oder die Werktätigen. Solange die kapitalistischen Machthaber bestimmen, kann es keine wirksame Verteidigung Österreichs geben. Wir werden in dieser Lebensfrage der Nation nicht auf die Bonzen und Ausbeuter vertrauen können. Die österreichischen Werktätigen müssen sich auf den Kriegsfall selbständig vorbereiten.

Das österreichische Volk kann und wird sich im Falle einer Aggression selbst befreien, gestützt auf die eigene Kraft, im Bündnis mit den Völkern Europas und der Welt. Den Weg dazu weist uns die Lehre des Genossen Mao Tsetung vom Volkskrieg. Wir werden uns mit jedem zusammenschließen, der bereit ist, mit uns diesen Weg zu gehen. •



Am 25. Februar wurde in Gloggnitz, Niederösterreich, die zwölfjährige Daniela Gansterer vergewaltigt und anschließend getötet.

Die Tat rief in der Öffentlichkeit Reaktionen hervor, wie sie in diesem Ausmaß doch überraschten und in ihrer Polarisierung ein eigenartiges Bild ergaben:

- Auf der einen Seite die Befürworter der Einführung der Todesstrafe, angeheizt durch „Österreichs größte unabhängige Tageszeitung" — auch die deutsche Jugendzeitung „Bravo" hat in diesem Sinn Stellung bezogen —, sekundiert von den faschistischen Jüngern der „Nationaldemokratischen Partei", deren Häuptling Burger beim Begräbnis des Mordopfers in Gloggnitz anwesend war, sich artikulierend in Aussagen wie: „Todesstrafe ist noch zu gut!", „Kopf und (oder) Geschlechtsorgane ab!", „Lynchen"!
- Auf der anderen Seite die sogenannten Volksvertreter und die österreichische Bundesregierung, insbesondere das Justizministerium, die „entschieden" die Todesstrafe für das Strafrecht ablehnen. Minister Broda: „Das würde die Rechtsstaatlichkeit verletzen!"

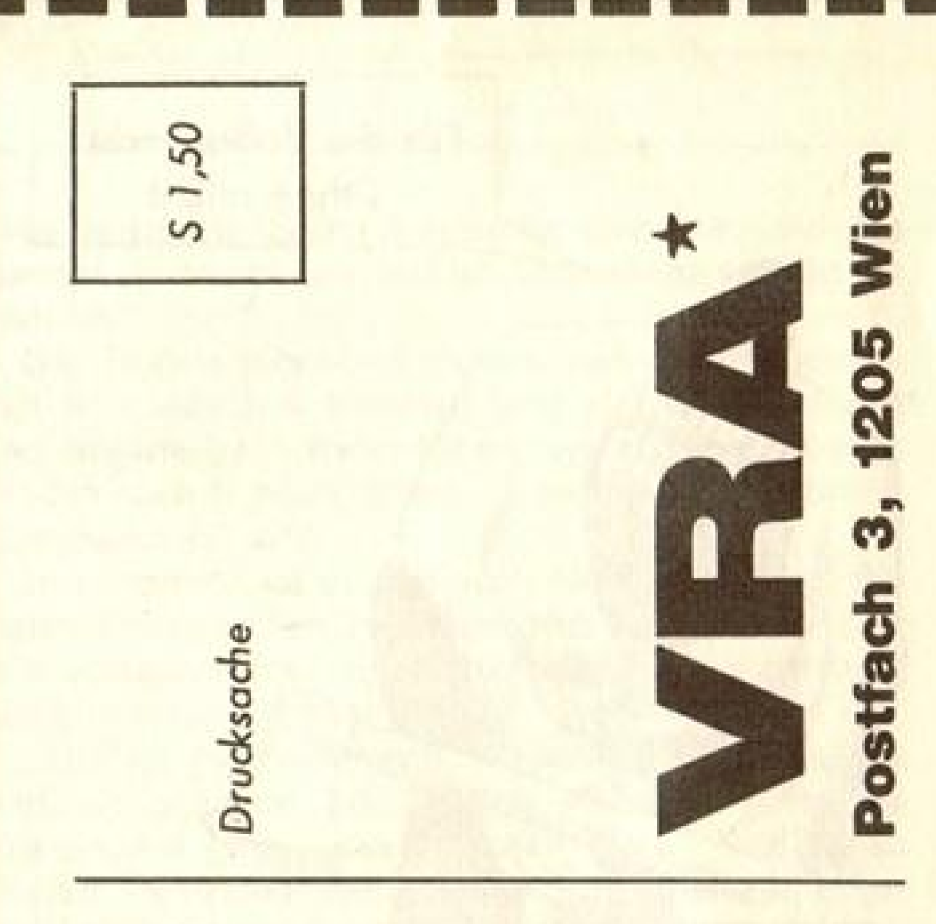
Was ist da los? Kämpft hier ein reformfreudiger Justizminister gegen das „gesunde Volksempfinden" einer aufgeputschten Lynchmenge? Ist das die Möglichkeit? Mitnichten!

Die Justiz in einem kapitalistischen Staat ist ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, gerichtet gegen den Klassenfeind, die Arbeiterklasse. Die Justiz ist ein Teil des Gewaltapparates der Bourgeoisie, dessen oberstes Gesetz der Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln ist.

Das erfahren die Arbeiter und Werktätigen Tag für Tag, wenn ihnen vor den Schranken der „bürgerlichen Gerichtsbarkeit" deutlich gemacht wird, daß das „Rechtsgut" des Privateigentums und Unternehmerwillkür höher zählt als die Frage, ob sie in Elend verfallen mit ihren Familien. Das erfahren diejenigen, die etwa beim Einigungsamt ihre Kündigungen anfechten wollen; wenn der Profit nicht mehr stimmt, dann wird halt entlassen. Die diesbezügliche Freiheit des Unternehmers nimmt eben dem Arbeiter das von ihm verlangte „Recht auf Arbeit". Das erfahren diejenigen, die im Prozeß gegen den Hausherren ohnmächtig der Tatsache gegenüberstehen, daß Besitz eines Hauses oder einer Wohnung höher stehen als die Frage, ob man mit seiner Familie in eine Notunterkunft ziehen muß, obwohl nebenan die teuren Eigentumswohnungen leer stehen.

Das ist die eine Seite, über die die Herrschenden natürlich einen grandiosen Rauchvorhang breiten, um ihre Justiz als „unparteiisch" hinzustellen. Doch dieser Rauchvorhang lichtet sich dann, wenn die Bourgeoisie beginnt, offen terroristisch gegen ihre politischen Gegner — die arbeitenden Menschen — vorzugehen, sobald diese für ihre Klasseninteressen aktiv einzutreten beginnen.

Als Vorspiel dazu bereiten die Massenmedien eine Stimmung im Volk vor, die darauf abzielt, eine Verschärfung des Strafgesetzes durchzubringen. Die Bevölkerung soll dabei noch ihrer eigenen Niederhaltung zustimmen. Mittlerweile bauen still und leise die Herrschenden ihren Unterdrückungsapparat aus, rüsten sie heimlich die Polizei auf, bilden sie bewaffnete Sondereinsatzkommandos aus — angeblich zur „Terroristenbekämpfung" —, schaffen sie sich Notstandsgesetze und „Vorbeugehaft". Solange sie auf diese Art mit dem Widerstand des Volkes fertig werden, können sie auf die Todesstrafe verzichten. Wenn das nicht



Als das Urteil gegen den Demonstranten gesprochen war, gewährte man dem Angeklagten ein letztes Wort. Der Verurteilte sprach das berühmte Götz-Zitat. Richter und Staatsanwalt sprangen auf. „Langsam", rief der Verurteilte, „einer nach dem andern." •

mehr gelingt, so sind sie aber jederzeit bereit, auch offen terroristisch vorzugehen.

Einerseits möchte die Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft tarnen und den zu deren Aufrechterhaltung aufgebauten Gewaltapparat geheimhalten. Das ist der scheinbare „humane Strafvollzug", für den sich die SPÖ und ihr Broda in Positur wirft. Andererseits zwingt die Kapitalisten der Widerstand des Volkes schon jetzt, mit brutalsten Terrormaßnahmen wie der Todesstrafe zu drohen. Deswegen das Auftreten der Burger und Brösigke, deshalb die Kampagne der „Kronenzeitung".

Die Todesstrafe ist immer eine Maßnahme zur Bekämpfung des politischen Gegners. Wenn uns heute die Zeitungen weismachen wollen, daß die Todesstrafe zum Schutz der Bevölkerung vor der wachsenden Kriminalität eingeführt werden soll, damit menschliche „Bestien" von ihren Taten abgeschreckt werden, so dient ihnen die Angst der Massen vor Mord und Totschlag nur zur ideologischen Verhetzung.

In Wirklichkeit ist das Verbrechen und die Kriminalität eine Folge der materiellen Struktur unserer Gesellschaft, in der Verkrüppelung und Verzerrung der Integrität des Menschen das Normale ist, wo die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen einen Zustand hervorruft, in dem der Mensch dem Menschen ein Wolf sein muß.

Und weil das zutiefst menschenfeindliche System der kapitalistischen Gesellschaft gerade die Voraussetzung für die steigende Kriminalität ist, muß das Ziel aller Bourgeois-Ideologen sein, den echten Klassengegensatz zu übertünchen mit dem „neuen Gegensatz" von „sauberer" Gesellschaft und kriminellen Elementen. Damit sie ablenken können von den wahren Aufgaben des Klassenkampfes, die für die Arbeiterklasse nur heißen können: Sturz der Ausbeuterherrschaft, Errichtung der proletarischen Diktatur, Erkämpfung des Sozialismus. •

Zum 140. Todestag des Schriftstellers Georg Büchner

„Friede den Hütten! Krieg den Palästen!"

Man weiß ja, wie die Bourgeoisie ihre Künstler in Weihestunden zu ehren pflegt, wie unter gigantischen Rauchschwaden alles, was diese Kunstschaffenden mit den Kämpfen der Volksmassen verband, mit Fälschungen und Interpretationskunststücken wegkastriert wird.

Dieser Tage aber, am 140. Todestag Georg Büchners, war von dieser Seite nichts zu hören. Büchner selbst hatte diesem Mummenschanz doch eine zu scharfe Waffe entgegengesetzt: nicht nur sein dichterisches Werk, erfüllt von revolutionärem Haß gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern auch sein Leben, seine aktive Teilnahme an der Juli-Revolution 1830 in Hessen.

Als der damalige Großherzog von Hessen seine zwei Millionen Gulden Schulden durch erhöhte Steuerauspressung der Bauern wieder hereinbekommen wollte, wuchs die Erbitterung der Bauern, die sich in ganz Oberhessen erhoben und deren Widerstand erst nach dem sogenannten „Blutbad von Södel" gebrochen werden konnte. Dabei stand Büchner auf der Seite der Bauern.

Die Erbitterung aber blieb. Überall im Land bildeten sich Geheimgesellschaften gegen Monarchie und Reaktion, Büchner wirkte an ihrem Entstehen tatkräftig mit. Im Jahre 1834, als Zwanzigjähriger, schrieb er an seine Eltern:

„Man wirft uns jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir nicht in einem ewigen Gewaltzustand? Weil wir im Kerker geboren und großgezogen sind, merken wir nicht mehr, daß wir im Loch stecken mit angeschmiedeten Händen und Füßen und einem Knebel im Munde. Was nennt ihr den gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum fronenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen?"

Nicht eine Handvoll undisziplinierter Liberaler, sondern nur die große Masse des Volkes kann die Revolution erfolgreich durchführen, sagt Büchner. Er ist der einzige unter den damaligen Revolutionären, der mit erstaunlicher Klarheit für die ökonomische Befreiung der Massen eintritt. Dadurch gerät er auch in Gegensatz zu seinen Mitkämpfern. Einer von ihnen, Rektor Weiding aus Butzbach, streicht in Büchners Flugschrift „Der Hessische Landbote" überall das Wort „reich" aus und ersetzt es durch „vornehm". Aber Büchner weiß genau: „... das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzig revolutionäre Element in der Welt; der Hunger allein kann die Freiheitsgöttin werden."

Diese Einsicht widerspiegeln auch seine dichterischen Werke. So kritisiert er in „Dantons Tod" im Hauptthelden jenen Revolutionär, der zwar für die Befreiung vom Feudalismus kämpfte, die Notwendigkeit der Erlösung der Armen vom Joch des Kapitalismus aber nicht einsieht. Ihn läßt er Robespierre antworten: „Die soziale Revolution ist noch nicht fertig; wer eine Revolution zur Hälfte vollendet, der gräbt sich selbst sein Grab." Und im „Woyzeck" finden wir die großartige Gestalt des damaligen „Armen" in Deutschland. Büchner zeigt die gesellschaftliche Hilflosigkeit, die vom Sein ausgeht, von Woyzecks Armut.

Büchner konnte historisch das Proletariat noch nicht als Klasse sehen, weil in der Wirklichkeit und dementsprechend in den Köpfen der Revolutionäre aus den „Armen" noch kein wirkliches Proletariat geworden war.

Nur wenige der demokratischen Revolutionäre des vergangenen Jahrhunderts sind im Laufe eines langen Lebens von den „Armen" bis zum Proletariat, bis zum Marxismus vorgedrungen. Am Anfang dieses Weges starb Georg Büchner, noch nicht einmal vierundzwanzigjährig. Er ist aber – mit Ausnahme Heinrich Heines – der einzige in Deutschland, der sich auf diesen Weg begeben hat. Solche Künstler eignen sich freilich nicht für feierliche Weihestunden. Aber wo die Herrschenden schweigen, dort werden die Beherrschten vortreten und sich zu erkennen geben als Erben.

H. Sch., Wien •

Ärztemangel und Arroganz



In einer der letzten Ausgaben der „Innsbrucker Stadtzeitung" hieß es unter der Überschrift „Krebs ist heilbar", daß Österreich und speziell Tirol in der Erkrankungshäufigkeit an Krebs im internationalen Spitzenfeld liegt. Nachdem ausführlich auf die Bedeutung der verschiedenen Vorsorgeuntersuchungen hingewiesen wurde, zitiert die Zeitung den „international bekannten" Krebsforscher Prof. Dr. Erich Burghardt aus Graz: „Gebärmutterkrebs ist hundertprozentig heilbar, wenn die Frau will. Voraussetzung ist aber eine regelmäßige Kontrolluntersuchung. Aber: eine von zwei Frauen will nicht". Über soviel professoraler Arroganz bleibt einem fast die Luft weg, wenn man sich die tatsächliche Versorgung mit Frauenärzten anschaut.

Dazu ein Beispiel aus dem Unterinntal: In einem offenen Brief an die Ärztekammer beklagen sich 34 Kufsteiner Frauen:

„Es ist durchaus kein Ausnahmefall und kann durch etliche Zeugen bestätigt werden, daß sich Frauen bereits um 5 Uhr früh im Wartezimmer einfinden, um tagsüber einen Termin zu bekommen. Um 8 Uhr, das Wartezimmer ist bereits zum Bersten voll (besonders angenehm für schwangere Frauen), kommt die Sprechstundenhilfe, kann aber wegen der vielen noch unerledigten Fälle vom Vortag nur drei bis vier Patienten aufnehmen. Der Rest wird auf die nächsten Tage vertröstet. So muß mitunter eine Frau drei- bis viermal kommen, um endlich untersucht werden zu können."

Die Frauen schreiben weiters, daß viele Patientinnen von auswärts kommen und eine umständliche und langwierige Anfahrt haben, und daß bereits viele Frauen nach Schwaz, Wörgl, ja sogar nach Innsbruck „ausgewichen" sind.

In Innsbruck ist es aber auch nicht viel besser: Bei vielen Frauenärzten muß man sich schon um 7 Uhr früh anstellen und lange Wartezeiten in Kauf nehmen, außer man geht „privat".

Überlegt man sich noch, auf welche herablassende und oft geradezu beleidigende Art und Weise die Frauen aus dem „gewöhnlichen Volk" von vielen Ärzten behandelt werden, dann wundert es einen wirklich nicht mehr, wenn regelmäßige Kontrolluntersuchungen eine Utopie bleiben.

Daß die Folgen einer derartigen gesundheitlichen „Versorgung" nicht selten tödlich sind, das beweisen genügend Beispiele aus der Praxis. Klar muß uns werden, daß Gebrechen, eine Unzahl „chronischer Erkrankungen" und frühzeitiger Tod die Folge eines mörderischen Gesellschaftssystems sind, und daß das bestehende Gesundheitssystem in den Händen des kapitalistischen Establishments diese Folge nicht verhindern kann. •